

Posener Zeitung.

Neunzigster

Jahrgang.

Mittwoch, 23. Mai.

Nr. 352.

1883.

Annahme-Bureau... In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung...

Annahme-Bureau... In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München...

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4/5 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Preis des Blattes die feinsten gepaltene Weitzelle ober deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

Amstiches.

Berlin, 22. Mai. Der König hat dem Parrer Buddeberg zu Vobne im Kreise Sest, und dem Gymnasial-Oberlehrer Professor Bahndieder zu Meseritz den Rothen Adler-Orden vierter Klasse verliehen.

Der demalige Zweite Vorstandsbeamte der Reichsbankhauptstelle zu Frankfurt a. M., Hartung, ist zum Bank-Assessor ernannt worden.

Bei dem Gymnasium zu Siegnitz ist der Titular-Oberlehrer Gante zum etatsmäßigen Oberlehrer befördert worden.

Der Rechtsanwält Salzman zu Siegen ist zum Notar im Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Hamm, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Siegen, ernannt worden.

Deutscher Reichstag.

84. Sitzung.

Berlin, 22. Mai. Am Tische des Bundesraths: v. Scholz.

Das Haus ist sehr schwach besetzt. Präsident von Levetzow eröffnet die Sitzung um 1 1/2 Uhr mit der Verlesung einer großen Zahl von Urlaubsgeuchen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation des Abg. Johannsen, wegen Wiederaufnahme nord-schleswigischer Optanten in den Staatsverband.

Veranlaßt durch die im Anfange dieses Jahres erlassene Verfügung, worin alle in Nordschleswig wohnenden dänischen Staatsangehörigen, die im Jahre 1863 geboren waren, aufgefordert werden, sich zur preussischen Stammrolle zu melden...

Und endlich haben die Polizeibehörden in den nord-schleswigschen Städten, sowie auf dem Lande jetzt ein bisher nicht befolgtes Verfahren gegen dänische Unterthanen eingeleitet, indem man ihnen ohne weiteres verbietet, sich in Nordschleswig zu verheirathen oder seßhaft zu werden...

Sch erlaube mir auf Grund dessen den Herrn Reichskanzler zu fragen: 1. Sind die angeführten Thatfachen der hohen Reichsregierung bekannt?

2. Ist die hohe Regierung willens, die zur Abhilfe dieser Beschwerden erforderlichen Maßregeln zu veranlassen?

Preussischer Finanzminister v. Scholz erklärt, daß er die Interpellation nicht beantworten und sich an einer Besprechung derselben nicht betheiligen werde.

Abg. Johannsen begründet die Interpellation. Die unglücklichen Zustände, die in meiner Heimat herrschen und eine Folge jener bekannten Verfügung sind, die so viel Aufsehen hervorrief und sogar zu diplomatischen Erörterungen zwischen der deutschen und dänischen Regierung Veranlassung gab...

Abg. Johannsen begründet die Interpellation. Die unglücklichen Zustände, die in meiner Heimat herrschen und eine Folge jener bekannten Verfügung sind, die so viel Aufsehen hervorrief und sogar zu diplomatischen Erörterungen zwischen der deutschen und dänischen Regierung Veranlassung gab...

Nordschleswig verweigert. Der Sohn eines meiner Freunde wollte sich verheirathen, es wurde ihm jedoch gesagt, daß er nur dann heirathen dürfe, wenn er preussischer Unterthan würde.

Auf Antrag des Abg. Lassen tritt das Haus in die Besprechung der Interpellation ein.

Es erhält zunächst das Wort Abg. Richter (Hagen): Es ist eigenthümlich, daß die Regierung noch vor den Ausführungen des Interpellanten die Erklärung abgegeben hat, auf die Interpellation nicht eingehen zu wollen.

Abg. Frhr. v. Rinnigerode: Die Reichsregierung war, nachdem ihr die Interpellation bekannt geworden, sehr wohl in der Lage, die Begründung derselben zu kennen, und daß sie das Recht hat, die Verantwortung abzulehnen, wird von keiner Seite bezweifelt.

Abg. Dr. Windthorst: Ich habe bedauert, daß der Vertreter der verbündeten Regierungen seine ablehnende Erklärung abgegeben hat, bevor der Interpellant zu Worte gekommen war...

Abg. Richter (Hagen): Der Instanzenzug darf immer verlassen werden, wenn die Dinge einen gemeinsamen Charakter haben und dann ist es Sache der Volksvertretung, nicht erst abzuwarten, bis der Instanzenzug erschöpft ist...

gen Raum geben und ich freue mich, daß man bei der heutigen Debatte erfahren hat, daß wirklich Ungebürlichkeiten vorliegen, und ich hoffe, daß Herr von Buttkeamer seinem Stadtpunkt treu bleiben wird.

Abg. von Kardorff: Ich stehe auf dem Standpunkte des Herrn von Rinnigerode und kann es der Regierung nicht verargen, wenn sie eine Verantwortung der Interpellation abgelehnt hat.

Abg. Lassen erklärt sich die Abwesenheit des Herrn von Buttkeamer damit, daß demselben die ganze Angelegenheit sehr peinlich ist und er sich in Widerspruch mit den übrigen Ministern in dieser Frage befindet.

Es folgt die dritte Berathung des Krankenkassengesetzes. Die Generaldiskussion eröffnet Abg. Rittinghausen, der die von seinen Parteigenossen in zweiter Lesung vorgebrachten Bedenken gegen das Gesetz wiederholt und besonders die Berufs- und Fabrikantenkassen angreift.

Abg. Dr. Hirsch: Wir treten in diese Berathung unter durchaus abnormen Verhältnissen ein, womit ich vor allem das Verhältniß des vorliegenden Gesetzes zu dem Unfallgesetze meine.

Das Gesetz bedeutet nur, eine Erweiterung des staatlichen Zwanges über mündige Bürger und man hat diese Art der Versicherung für Deutschland als die einzig richtige bezeichnet, obwohl die auf Grundlage freier Association erblühte englische Versicherung mit ihren vorzüglichen Erfolgen allgemein bekannt war.

Man muß bei diesem Gesetz auch berücksichtigen, daß es eine Klassengesetzgebung sei, die nicht für alle Bürger, sondern nur für einen Theil derselben gilt. Solche Gesetze darf man gelten lassen, wo es sich um den Schutz der Arbeiter handelt.

Man muß bei diesem Gesetz auch berücksichtigen, daß es eine Klassengesetzgebung sei, die nicht für alle Bürger, sondern nur für einen Theil derselben gilt. Solche Gesetze darf man gelten lassen, wo es sich um den Schutz der Arbeiter handelt.

Man muß bei diesem Gesetz auch berücksichtigen, daß es eine Klassengesetzgebung sei, die nicht für alle Bürger, sondern nur für einen Theil derselben gilt. Solche Gesetze darf man gelten lassen, wo es sich um den Schutz der Arbeiter handelt.

Preussischer Finanzminister von Scholz: Obwohl es nicht unlobnend wäre, den einzelnen Ausführungen des Vorredners entgegenzutreten, so will ich mir dies doch versagen.

nar, daß nach der Theorie des Abgeordneten Virsch auch der freie Schulunterricht zur Armenpflege gehören muß. Ich will mich nur an die Freunde des Gesetzes wenden über einen Punkt, der schon vom Vordredner berührt worden ist und den ich für den wichtigsten der ganzen Vorlage halte. In der zweiten Lesung hat sich bereits die Majorität trotz des Widerspruchs der Regierung für die Einbeziehung der landwirtschaftlichen Arbeiter in das Gesetz erklärt. Die Regierung hat darauf von Neuem beraten, ob sie sich diesem Beschlusse des Hauses akkommodiren könne, hat sich aber dazu außer Stande gesehen. Unsere Bedenken gipfeln in zwei Punkten, erstens, daß mit der Einbeziehung der ländlichen Arbeiter die Schwierigkeiten der Ausführung des Gesetzes wachsen und die Verantwortung der Regierung zu groß werden würde. Dann aber ist es ja der Zweck des Gesetzes, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Die landwirtschaftlichen Arbeiter würden jedoch keinerlei Vortheil daraus ziehen können. Sie genießen jetzt in Krankheitsfällen mehr Vortheile, als das Gesetz verleiht. Für sie wäre also das Gesetz ein privilegium odiosum. Die Regierung würde jedoch weniger Bedenken gegen § 1a haben, wenn die Versicherung der landwirtschaftlichen Arbeiter nur sukzessive zugelassen würde und wenn den Arbeitgebern die Pflicht auferlegt würde, die Beiträge für die Arbeiter zu bezahlen. Ganz wären allerdings die Bedenken der Regierung auch durch diese Bestimmungen nicht beseitigt und principaliter erklärt sie sich gegen § 1a.

Abg. Dirichlet: Ich erkenne an, daß die Nachteile des ganzen Gesetzes sich am markantesten bei den landwirtschaftlichen Arbeitern zeigen werden. Soll das Gesetz aber, wie behauptet wird, eine Wohlthat sein, so muß sie allen Arbeitern zu Gute kommen, und früher hat man von der Regierung auch nie gehört, daß die landwirtschaftlichen Arbeiter besser stünden, als die industriellen. Ebenso wie in der Landwirtschaft die Grenze zwischen Arbeitern und Arbeitgebern vermischt ist, so ist das auch in der Industrie der Fall. Wer heute die Krankenpflege in der Stadt von der Kommune in Anspruch nimmt, nimmt sie als integrierenden Theil der Armenpflege; der Gedanke, die Krankenpflege von der Armenpflege loszulösen, ist ja ein ethischer Gedanke, aber damit erreicht man nichts.

Abg. v. Maljahn-Gülz: Ich fühle mich nur durch die Erklärung des Herrn von Scholz zum Reden veranlaßt. Ich habe in der ersten Lesung gegen die Einbeziehung der landwirtschaftlichen Arbeiter meine Bedenken ausgesprochen, doch je mehr ich mich mit der Sache beschäftigt habe, desto mehr bin ich von diesem Bedenken zurückgekommen. Ich glaube, die Schwierigkeiten der Durchführung der Einbeziehung der landwirtschaftlichen Arbeiter werden sich in der Praxis nicht fühlbar machen; sie werden nicht größer sein, als wenn nur die industriellen Arbeiter zur Versicherung herangezogen werden. Der Apparat, der in Thätigkeit gesetzt werden muß, wird dadurch nicht vermehrt werden. Sicherlich aber würde ein Gefühl der Ungleichheit unter den Arbeitern gemeldet werden, wenn die landwirtschaftlichen ausgeschlossen würden. Es giebt überdies eine große Zahl von ländlichen Arbeitern, die sog. freien Leute, die im Krankheitsfalle überhaupt ohne jegliche Unterstützung und Pflege sind. Für diese Leute würde es eben eine Verbesserung bedeuten, wenn sie dem Zwange unterstellt würden. Für die anderen Arbeiter wird allerdings so gesorgt, daß sie freien Arzt und Medizin erhalten und einen Theil ihres Lohnes während der Krankheit weiter beziehen. Diese Leute würden auch dabei schlechter wegkommen, doch ist es zu berücksichtigen, daß diese Vergünstigung nicht ein lagbares Recht ist, das ihnen unter allen Umständen verbleibt. Auch heute wird den kranken Arbeitern nur das Nothwendigste gegeben, weil die Arbeitgeber mehr zu leisten nicht im Stande sind. Es besteht übrigens kein Hinderniß, festzusetzen, daß von den landwirtschaftlichen Arbeitern kein Zuschuß zu der Krankenkasse gezahlt wird, es bleibt den Gutsbesitzern, die ein Interesse daran haben, die Arbeiter jetzt nicht schlechter zu stellen, als früher, ja überlassen, die Beiträge für dieselben zu entrichten. — Herr Minister v. Scholz erklärte, daß die Regierung den § 1a nur annehmen würde, wenn ein Weg gefunden würde, daß die ländlichen Arbeiter nicht schlechter gestellt werden, wie bisher. Ich glaube, daß wenn auch unter großen Schwierigkeiten eine Garantie gefunden werden könnte, wie die Regierung sie verlangt, die die ländlichen Arbeiter nicht schlechter stellt und ich glaube, daß die Regierung dann in der That den § 1 annehmen wird.

Abg. v. Minnigerode wünscht, daß die Generaldiskussion sich nicht lediglich mit den Bestimmungen des § 1a befasse, daß die Frage, ob die landwirtschaftlichen Arbeiter gleichfalls zum Versicherungszwang herangezogen werden sollen, besser in der Spezialdiskussion behandelt werden möge.

Damit ist die Generaldiskussion geschlossen, worauf sich das Haus vertagt.

Nächste Sitzung: Mittwoch 12 Uhr. Tagesordnung: Krankenkassengesetz. Schluß 5½ Uhr.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 22. Mai. Die nunmehr im Wortlaut vorliegende letzte Note der preussischen Regierung an die römische Kurie beschäftigt heute die Mitglieder des Reichstags erheblich mehr, als die dänische Optantenfrage und das Krankenkassengesetz. Der Text, wie schon die gestern Abend veröffentlichte Inhaltsangabe zeigt, wie berechtigt unser Widerspruch gegen die Mittheilungen war, wonach kurzweg die Freiheit des Messelens und des Sakramentenspendens im Sinne des Windthorst'schen Antrages angeboten und als Aequivalent die Erfüllung der Anzeigepflicht verlangt sein, für den Fall der Ablehnung dieses Vorschlags seitens der Kurie aber hier beabsichtigt werden sollte, den Windthorst'schen Antrag einseitig zum Gesetz zu erheben, d. h. förmlich eine Prämie für die vatikanische Unnachgiebigkeit auszuweisen. Unter der Revision der Fall'schen Gesetze behufs Ersetzung des Präventiv-Systems (Anzeigepflicht und Einspruchsrecht) durch ein System der Repression versteht man innerhalb der Regierung denn doch etwas Anderes — nämlich die Beibehaltung und Sicherung der Zwecke der Matjesetzgebung durch andere, als die bisherigen Mittel, während der Antrag Windthorst die Abschaffung auf einem kurzen Umweg bedeutet. Im klerikalen Lager wird Angefichts der Note heute bestimmt behauptet, der Reichskanzler habe bei der Abfassung derselben durchaus nicht die Zustimmung der Kurie dazu gewünscht, sondern sein gegenwärtiges kirchenpolitisches Ziel sei die Umwandlung der Präventiv- in Repressiv-Mittel unter Wahrung der Quintessenz der Fall'schen Gesetze. An äußeren Anhaltspunkten für diese Ansicht fehlt es ja auch nicht. Stellen sich auch die Berichte über die vielbesprochene Nachtsitz-Neußerung des Kanzlers durch die Note insofern als sehr einseitig kolorirt heraus, als Fürst Bismarck offenbar dabei von einer Zustimmung zu dem Windthorst'schen Vorschlag sehr weit entfernt war, so erhellt doch andererseits daraus, daß er bei jener Gelegenheit eine Auffassung bekundet hat, welche von der bisherigen Stellung der Regierung zu der Anzeigepflicht wesentlich abweicht, die Ersetzung des auf diese basirten Systems durch ein anderes

in Aussicht nimmt. Nach Allem, was man über die Vorgänge nach jener Bismarck'schen Neußerung weiß, hat der Kanzler sich aus Rücksicht auf die für die Anzeigepflicht — nach einem früheren Bismarck'schen Ausdruck — „festgeredeten“ Minister zunächst dazu verstanden, durch die in der Note enthaltene, neue und überraschende Definition der Bedeutung der Anzeigepflicht die Brücke zu einem, auf sie verzichtenden, neuen kirchenpolitischen System zu schlagen, eine Brücke, deren Fürst Bismarck für sich persönlich gar nicht zu bedürfen glaubt. Die Herren v. Puttkamer und von Gökler aber werden dieselben ohne Zweifel mit Dank benutzen. Der auffallende Umstand, daß gestern Abend nur eine Inhaltsangabe der Note, heute früh aber der Text veröffentlicht worden, wird so erklärt, daß in der Zwischenzeit von der Anordnung der einen zu derjenigen der anderen Publikation Herr v. Schöber den Inhalt der ihm gestern übergebenen Antwort der Kurie hierher telegraphirt hat, und daß diese hier als Beweis der Unmöglichkeit, auf der bisherigen Grundlage weiter zu verhandeln, betrachtet wird; in dem Text der preussischen Note tritt viel stärker, als in der vorausgegangenen Inhaltsangabe, die Unbrauchbarkeit der Jakobinischen Erläuterung zu den Revisionsforderungen der Kurie hervor.

K. Es darf jetzt als feststehend angesehen werden, daß der Kaiser, der mit größter Rüstigkeit und Frische die Truppenbesichtigungen fortsetzt, die Sommerreise ganz in der seit Jahren gewohnten Weise ausführen wird. Nach der großen Frühjahrsparade, welche auf den 30. Mai anberaumt ist, wird Se. Majestät noch zwei Wochen zur Ruhe und Erholung auf Schloß Babelsberg residiren und darauf zu Ende der zweiten oder Anfang der dritten Juni-Woche nach Ems abreisen, von wo aus dann später die Weiterreise nach der Mainau und nach Gastein und Anfangs August die Rückkehr nach Berlin folgen soll. Vielleicht werden der Kaiser und Fürst Bismarck zur Kur in Gastein zusammentreffen. Ein allerdings noch schwüchtern auftretendes Gerücht will wissen, daß bei dieser Gelegenheit eine Zusammenkunft unseres Kaisers mit dem Kaiser von Oesterreich und dem König von Italien in Triest stattfinden werde. Bei dieser Begegnung der drei Souveräne würden dann auch Fürst Bismarck und die Leiter der auswärtigen Politik Oesterreich-Ungarns und Italiens zugegen sein.

Virschberg i. Schl., 22. Mai. Vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts gelangte heute die Anklage gegen den Amtsvorsteher v. Kottenhan wegen Mißhandlung eines Mädchens zur Verhandlung. Die Anklage stützt sich auf die Paragraphen 223 und 340 des Strafgesetzbuchs und besagt, der Angeklagte habe 1) der Ida Harttramp zwei Ohrfeigen appliziert, 2) körperliche Züchtigung derselben angeordnet und ihr selbst Reitpeitschenhiebe versetzt. Der Angeklagte erklärte, er habe nicht in seiner Eigenschaft als Amtsvorsteher, sondern als Schulpatron gehandelt und dem nicht konfirmirten Kinde, welches Diebstähle während seiner Schulzeit verübte, nur eine entsprechende Züchtigung erteilt, zu welcher er sich durch eine frühere Verfügung der Regierung zu Legnitz ermächtigt geglaubt habe. Die Beweisaufnahme gestaltete sich belastend für den Angeklagten; da eine vorherige Züchtigung durch die Eltern erfolgte, erscheint die nachherige offizielle Züchtigung ohne hinreichenden Grund vollzogen. Vor dem Zengenvorhör bestrittet, jedoch vergeblich, der Vertheidiger die Berechtigung des Rechtsanwalts Kaufmann aus Berlin als Nebenkläger aufzutreten. Die Aussagen der ärztlichen Sachverständigen lauten dahin, daß die Schläge keine nachtheiligen Folgen für die Gesundheit des Mädchens hatten. Der Staatsanwalt beantragt das Schuldig nur für den ersten Fall, Ertheilung der Ohrfeigen, und 30 M. Geldstrafe; Rechtsanwalt Kaufmann für Ertheilung der Ohrfeigen 3 Monate und der Peitschenhiebe 6 Monate, im Ganzen 8 Monate Gefängniß und 600 M. Geldstrafe. Der Gerichtshof erkannte nach zweistündiger Berathung auf Schuldig in beiden Fällen und verurtheilte denselben auf Grund des § 223 zu einer Geldstrafe von 110 M. Die Anwendung des § 340 wurde für unstatthaft erklärt.

Leipzig, 22. Mai. Anlässlich des 50jährigen Amtsjubiläums des Präsidenten des Reichsgerichts, Simson, überreichte heute der Staatssekretär von Schelling demselben im Auftrage des Kaisers den Rothen Adlerorden 1. Klasse. An der Spitze der Reichsgerichtsdeputation brachte der älteste Senatspräsident Dr. Drechsler die Glückwünsche des Kollegiums dar, welches dem Präsidenten zugleich ein von Paulsen gemaltes Bild desselben, für den Sesshallsaal des Reichsgerichts bestimmt, verehrte. Der Oberreichsanwalt v. Seckendorff überbrachte sodann mit den Glückwünschen der Reichsanwaltschaft diejenigen des preussischen Justizministeriums. Oberpostdirektor Walter erschien mit einem Schreiben des Staatssekretärs Stephan. Auch die sächsische Regierungsbehörde, die Justizbehörden, welche in Leipzig ihren Sitz haben, die juristische Fakultät der hiesigen Universität und die Geistlichkeit Leipzigs gratulirten durch Deputationen. Die Oberbürgermeister und Stadtverordneten-vorsteher von Königsberg und Leipzig überreichten Ehrenbürgerbriefe ihrer Städte, der Oberbürgermeister von Leipzig, Dr. Georgi, verband damit zugleich die Mittheilung, daß der Magistrat beschlossen habe, die Straße, an welcher das künftige Reichsgerichtsgebäude errichtet wird, Simsonstraße zu benennen. Außerdem langten Glückwünschreiben und Telegramme seitens des deutschen Reichstags, von verschiedenen sächsischen, preussischen und Reichsbehörden ein, und andere unähliche Beweise von Auszeichnungen für den Jubilar. Das freie deutsche Hochstift zu Frankfurt a. M. sandte eine Adresse mit dem Bilde Goethe's, der Großherzog von Oldenburg gratulirte telegraphisch, die Stadt Frankfurt a. D. überreichte eine Adresse, der Großherzog von Baden verlieh dem Präsidenten das Großkreuz des Jähringer Löwenordens. Am Nachmittag vereinigte die Senatspräsidenten und Räte des Reichsgerichts ein Festmahl zu Ehren Simson's.

Die Krönungsfeier in Moskau.

Der erste Akt der imponanten mit Hoffnung und Bangen erwarteten Kaiserkrönung, der feierliche Einzug des Kaiserpaars in die alte kuppelreiche Krönungsstadt Moskau ist gestern unter Entfaltung einer wahrhaft orientalischen Pracht ohne Zwischenfall vollzogen worden. In Folgendem geben wir unsern Lesern ein Bild der großartigen und hundert bewegten Einzugsfeier. Das Wolkische Bureau telegraphirt:

Moskau, 22. Mai, Vormittags 10 Uhr. Die Stadt prangt im reichsten Schmuck der Fahnen, Banner und Flaggen, die eine Meile lange Einzugsstraße vom Petrowskypalaste bis zum Kreml in eine via triumphalis verwandelt, alle Balkone sind mit Teppichen geziert und mit Zuschauern in festlich erregter Stimmung dicht besetzt. Der Andrang der Bevölkerung in den Straßen ist ein gewaltiger. Schon vom frühen Morgen an waren Straßen und Fenster von Menschen dicht besetzt, Viele hatten sogar die Nacht auf den Straßen zugebracht. In den Gegenden, welche der Zug passiert, ist das Gedränge bereits so groß, daß der Verkehr fast unmöglich ist. Während der Nacht waren die Kirchen massenhaft von Andächtigen besucht, die für das kaiserliche Paar beteten. Auf allen Plätzen, an denen der Zug vorüberfährt, sind große Tribünen errichtet, wo die geladenen Gäste, namentlich die Angehörigen des diplomatischen Korps Platz nehmen. Auf dem ganzen Einzugswege bilden die Truppen Spalier. Der Einzug in den Kreml dürfte Nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr erfolgen. Das Wetter ist mild und heiter.

Moskau, 22. Mai. Abends 6 Uhr. Gegen Mittag gaben 9 Kanonenschüsse das Signal zur Bildung des kaiserlichen Zuges. Die Truppen formirten alsbald ein Spalier die ganze Ausdehnung der via triumphalis entlang, durch welche sich der Zug zu bewegen hat. Derselbe entspricht genau den Anordnungen des offiziellen Programms. Namentlich waren es die Deputationen der asiatischen Völkerschaften in ihren reichen und seltsamen Kostümen, welche unmittelbar nach dem Leib-Convoi des Kaisers reitend, zunächst die allgemeine Aufmerksamkeit erregten. Nachdem die Großwürdenträger zum Theil in Galaequipagen, zum Theil zu Pferde, und eine Abtheilung der Chevaliergarde vorübergegangen war, erschien, einen gewissen Zwischenraum zwischen den Voranziehenden und den Folgenden lassend, der Kaiser in großer Generalsuniform auf einem weißen Rosse. Bei dem Erscheinen des Kaisers brach unter der unzählbaren Menschenmenge, welche die Straßen in undurchdringlichen Massen, ebenso wie alle Dächer, Balkone und Fenster besetzt hielt, ein unermesslicher Jubel aus. Ruhig und ernst erwiderte der Kaiser, welcher langsam vorwärts ritt, die enthusiastischen Zurufe der Menge. Einen besonders prächtigen Anblick gemähten die nach einem gewissen Zwischenraum hinter dem Kaiser folgenden Großfürsten. — Als die Kaiserin in einer reich vergoldeten, achtspännigen, von Stallmeistern und Pagen umgebenen Equipage erschien, brach der enthusiastische Jubel von Neuem los. Im Wagen der Kaiserin befand sich die fünfjährige Großfürstin Xenia, welche der Menge ununterbrochen Kusshände zuwarf. An den Pforten der Kirchen, welche der Zug passirte, war die Geistlichkeit aufgestellt, welche das kaiserliche Paar segnete. Nachdem der Kaiser die eigentliche Stadt betreten hatte, erfolgte die Begrüßung durch den Generalgouverneur Fürsten Dolgoruch, alsdann durch das Stadthaupt, den Adelsmarschall und den Zivilgouverneur. An der Twerstkaja-Straße, welche bis zur Kapelle der heiligen Jungfrau von Iberien stark absteigt, war es möglich, einen Blick über den größeren Theil des kaiserlichen Zuges zu werfen; der Anblick war überwältigend. Als der Kaiser am Wostreffenski-Thor vom Pferde stieg und die Kaiserin den Wagen verlassen hatte, um in der Iberschen Kapelle zu beten, erhob sich aus der unüberdringlichen Menge wahrhaft betäubende Jubelrufe. Nachdem die Majestäten ihre Andacht verrichtet hatten, setzte sich der Zug von Neuem in Bewegung und betrat alsbald den Kreml. Der Kaiser wird nicht im Kreml Wohnung nehmen, sondern sich nach dem Alexandrowski-Palais begeben, und daselbst bis zur Krönung verweilen. Gegenwärtig findet in den verschiedenen Kirchen des Kremls der vorgeschriebene Gottesdienst statt. Das Wetter ist etwas bedeckt.

Unser Moskauer Spezial-Berichterstatter ergänzt diese offizielle Darstellung noch durch mancherlei recht interessante Details, indem er uns folgende Privat-Depeſche, die nur noch in einem Theile unserer Morgen-Ausgabe Aufnahme finden konnte, übermittelt:

Moskau, 22. Mai. Abends 6 Uhr. Den ganzen Vormittag herrschte lebhaftes Treiben in allen Straßen. Die Volksmenge flaute sich in den an die Twerstka-Jamskaja grenzenden Straßen, welche ihrer ganzen Länge nach von einem Militärkordon begrenzt ist. Die Tribünen und Fenster sind eng besetzt. Von 12 Uhr ab beginnt die Aufstellung der Zugtheilnehmer vor dem Petrow-Palast. Neue Völlerschiffe werden gelöst von dem Tainiski-Thurm. Der Zug beginnt sich zu rangiren und entwickelt sich zu einem prächtigen Bilde. Die glänzenden Uniformen der Generalität, der Kammerherren und Staatsdamen, die herrlichen Pferde der Reitenden, die goldenen Prachtkarossen gewähren einen unbeschreiblich imponanten Anblick. Vor dem Palast ist ein Raum gelassen. Die Kaiserin und die Großfürsten bestiegen die bereit gehaltenen Wagen. Die Kaiserin trug ein weißes Moirékleid mit dem blauen Bande des Andreas-Ordens, die Gaartour griechisch von einer Diamantagraffe gehalten. Gegen zwei Uhr erscheint der Kaiser auf einem Schimmel, einem Gesellen des Schahs von Persien. Der Kaiser trug Generalsuniform. Völlerschiffe verkünden der versammelten Menge den Moment, in welchem der Kaiser seinen Platz im Zuge einnimmt und der Zug setzt sich in Bewegung, während ein kurzer Sprühregen fällt. An der Spitze des Zuges der Polizeimeister von Moskau, und 12 Gendarmen zu Pferde, ihm folgt die Eskorte des Kaisers, je eine Schwabron Kosaken und Dragoner, die Deputationen der asiatischen Völkerschaften und der Kosakenländer. Der Moskauer Adel zu Pferde, geführt von dem Adelsmarschall. Ein Kammerfourier gefolgt von 60 Hoflakaien, vier Läufern, vier Negern paarweise in Parabelreihen. Das kaiserliche Jagdgeschloß. In einem offenen sechsspännigen Wagen die Krönungszeremonienmeister mit ihren Stäben. Der Oberzeremonienmeister. 24 Kammerjunker, geführt von einem berittnen Zeremonienmeister. 12 Kammerherren. Ein Marstalloffizier mit 2 Reitknechten. Die zweiten Hofchargen folgen nun in vierstigen goldglänzenden Paradekutschen und die Hofkavaliere der fremden Fürstlichkeiten in gleichem Gefährt. Ein Hofmarschall im offenen Paalon. Die Chevaliergarden. Unmittelbar hinter seiner Garde der Kaiser umgeben von dem Minister des kaiserlichen Hauses, dem Kriegsminister, dem Kommandirenden des Hauptquartiers, den General- und Flügeladjutanten zu Pferde. Sämmtliche Großfürsten zu Pferde. Die Generalität, die militärische Suite der fremden Fürsten. Die Kaiserin mit der Großfürstin Xenia in achtspänniger goldener Karosse. Ihr zur Seite

Produkten-Börse.

Berlin, 22. Mai. Wind: NB. Wetter: Leicht bewölkt. Anfänglich schien der heutige Verkehr die vorwiegend matten auswärtigen Berichte völlig ignorieren zu wollen, aber im weiteren Verlauf...

wurde ferner besser bezahlt, ermattete dann aber durch die Getreideflaute und schloß kaum noch so hoch wie gestern in matter Haltung. (Mittlich) Weizen per 1000 Kilogramm loco 140-210 Mark nach Dual...

Erbsen Roggwaare 170-220, Futterwaare 150-165 per 1000 Kilogramm nach Qualität. Kartoffelmehl per 100 Kilogramm brutto incl. Sack. Loko und per diesen Monat...

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 22. Mai. Die heutige Börse eröffnete in schwacher Haltung und mit abnorm niedrigeren Kursen auf spekulativem Gebiet; in dieser Beziehung waren in erster Linie die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden zumeist matten Notierungen von Einfluß...

Der Kapitalmarkt bewahrte gute Festigkeit für heimische solide Anlagen, während fremde festes Zins tragende Papiere, der Haupttendenz entsprechend, sich vielfach nicht behaupten konnten.

Deutsche und preussische Staatsfonds verkehrten ruhig bei meist fester Haltung; inländische Eisenbahnprioritäten behauptet und still. Bankaktien lagen schwach; Diskontokommandit-Antheile zu niedrigerer Notiz verhältnismäßig lebhaft...

Umrrechnungs-Sätze: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Franks = 80 Mark. 1 Gulden österr. Währung = 2 Mark. 7 Gulden südd. Währung = 12 Mark. 100 Gulden holl. Währung = 170 Mark. 1 Mark Banco = 1,50 Mark. 100 Rubel = 320 Mark. Eine Sterling = 20 Mark.

Table with multiple columns: Wechsel-Kurse, Ausländische Fonds, Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäten-Aktien, Berlin-Adress-Liste, Deutsche und preussische Staatsfonds, Industrie-Aktien, Bank-Aktien. Each column contains various financial instruments and their corresponding prices.